



**Bericht an den AK Staatssekretäre für E-Government von Bund und  
Länder zur 28. Sitzung am 24. Juni 2008:**

**Erweiterung des Auftrags der Geodateninfrastruktur Deutschland  
(GDI-DE<sup>®</sup>) und seiner Geschäfts- und Koordinierungsstelle**

---

## Geodaten

Kombinierte Rauminformationen (Geodaten) aus unterschiedlichen fachlichen und administrativen Quellen werden von Politik, Wirtschaft und Verwaltung als elementare Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen benötigt. Wichtige Bereiche sind u.a. Umwelt- und Naturschutz, Sicherung des Grundeigentums, Landesverteidigung, innere Sicherheit, Raumplanung, Bodenordnung, Telematik / Verkehrslenkung, Zivilschutz, Versicherungswesen, Gesundheitsvorsorge, Land- und Forstwirtschaft, Versorgung und Entsorgung sowie Bürgerbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen.

Verfügbarkeit, Qualität, Organisation und Zugänglichkeit harmonisierter Geodaten müssen deshalb auch im Rahmen des E-Government weiter verbessert werden. Die Integration von GDI-DE in die Arbeiten des Arbeitskreises E-Government der Staatssekretäre (sog. E-Government Staatssekretärsrunde) ist dafür eine wesentliche unterstützende Maßnahme.

### Bisherige Maßnahmen

Der Chef des Bundeskanzleramtes und die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder hatten mit Blick auf die bestehenden Probleme bei der Bereitstellung von Geodaten am 27. November 2003 den gemeinsamen Aufbau der Geodateninfrastruktur (GDI-DE) beschlossen und den Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern gebeten, dieses Thema neben der Initiative Deutschland-Online politisch zu steuern. Für die fachpolitische und konzeptionelle Steuerung wurde das Lenkungsgremium GDI-DE (LG GDI-DE) eingerichtet.

Das LG GDI-DE setzt sich aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände zusammen. Beschlüsse des LG werden einstimmig gefasst. Sie werden zuvor fachübergreifend in den betroffenen Ressorts der Bundes- und Länderverwaltungen abgestimmt und sind somit auf breiter Basis akzeptiert.

Zur Sicherstellung des operativen Betriebs der GDI-DE wurde am 01.01.2005 auf fachlich-technischer Ebene die Geschäfts- und Koordinierungsstelle GDI-DE (GKSt. GDI-DE) beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern eingerichtet.

Die GKSt. GDI-DE arbeitet in einem organisatorischen Netzwerk. Hierzu gehören u.a. Ansprechpartner bei Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden sowie fachliche Arbeitskreise. Die GKSt. GDI-DE soll zusammen mit den verantwortlichen Trägern der öffentlichen Verwaltung (Datenerheber, -bereitsteller, -verarbeiter) die Koordinierungsaufgaben und den Geschäftsbetrieb des Lenkungsgremiums gewährleisten. Mit Blick auf den interdisziplinären, Verwaltungsebenen und Verwaltungszweige übergreifenden Charakter der Aufgaben verspricht die Anbindung der GDI-DE an die E-Government-Staatssekretärsrunde eine erhebliche Förderung der Nutzung von Geodaten.

---

## Erste Ergebnisse

Praktisch werden im Rahmen der GDI-DE organisatorische Regelungen und technische Vereinbarungen über fachneutrale Spezifikationen zu Geodaten, Metadaten und Geodiensten sowie die Erarbeitung von Vereinbarungen betreffend Nutzungs-, Bepreisungs- und Abrechnungskonzepten erarbeitet und verabschiedet. Ein wichtiger Meilenstein in diesem Kontext ist das von Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden beschlossene Architekturkonzept der GDI-DE im Rahmen des E-Government in Deutschland.

(Download: [http://www.gdi-de.org/de/download/GDI\\_ArchitekturKonzept\\_V1.pdf](http://www.gdi-de.org/de/download/GDI_ArchitekturKonzept_V1.pdf)).

Neben den konzeptionellen Grundlagen vernetzen die Mitglieder der GDI-DE interoperable Geodienste und –portale mit unmittelbarem Nutzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung miteinander. Die GKSt. GDI-DE koordiniert in diesem Prozess die fachlich verantwortlichen Stellen bei Bund, Ländern und Kommunen. Ein Beispiel für diese praktische Arbeit liefert die ebenübergreifende Bereitstellung von Schutzgebietsinformationen über interoperable Geodienste über das Geoportal.Bund ([www.geoportal.bund.de](http://www.geoportal.bund.de)).

Alle Regelungen und Projekte in der GDI-DE bauen auf den allgemeinen Vorgaben des eGovernment (z.B. SAGA, XÖV) und internationaler Standardisierungsgremien (insbesondere ISO und OGC) auf.

## Konkreter Handlungsbedarf durch INSPIRE

Mit der Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) werden alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, raumbezogene Daten interoperabel mittels standardbasierter Geodienste zur Nutzung insbesondere für die Europäische Kommission, aber auch für alle staatlichen Ebenen und die Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern, bereitzustellen. Darüber hinaus sieht die Richtlinie die Einrichtung einer nationalen Anlaufstelle vor. Diese soll in der Lage sein, die fach- und ebenenübergreifende Bereitstellung von Geodaten im Mitgliedsland zu koordinieren und darüber regelmäßig gegenüber der Kommission Rechenschaft abzugeben.

Mit INSPIRE ist der rechtliche Rahmen für den Aufbau von Geodateninfrastrukturen definiert. Die GDI-DE trägt den technischen und organisatorischen Anforderungen Rechnung, die sich aus INSPIRE ergeben und ermöglicht die Erfüllung der durch die Richtlinie begründeten Verpflichtungen.

Die aktuellen Gesetzesvorlagen von Bund und Ländern zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht stützen sich auf die Strukturen von GDI-DE. Dabei soll insbesondere das LG mit seiner GKSt. GDI-DE die Aufgabe der nationalen Anlaufstelle übernehmen (2007 wurde die GKSt. GDI-DE vorläufig mit dieser Aufgabe beauftragt). Die zu beschließende neue Verwaltungsvereinbarung GDI-DE bildet die formelle Voraussetzung für die Wahrnehmung dieser durch die Richtlinie bedingten neuen Aufgaben.

---

## Anhang - Verhältnis GDI-DE und Deutschland-Online

### a) Deutschland-Online-Vorhaben Infrastruktur

Um die durchgängige elektronische Abwicklung von ebenenübergreifenden Fachverfahren zwischen Verwaltungseinheiten zu gewährleisten, werden im DO-Vorhaben Infrastruktur Verwaltungsnetze verbunden. Die standardisierte und flächendeckende Verbindung der Verwaltungsnetze ist eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der anderen DO-Vorhaben. Auch für die GDI-DE, in der mittels XML-basierter Geodienste raumbezogene Daten innerhalb Deutschlands und Europas fach- und ebenenübergreifend im Sinne der Richtlinie 2007/2/EG (INSPIRE) über das Internet ausgetauscht werden, ist der reibungslose verwaltungsinterne Datenverkehr eine wesentliche Grundvoraussetzung.

### b) Standardisierung

Ein prioritäres Ziel von Deutschland-Online ist die Umsetzung durchgängiger elektronisch unterstützter und medienbruchfreier Verwaltungsprozesse über die föderalen Ebenen hinweg. Hierfür sind neben technischen Standards (wie OSCI-Transport) vor allem auch fachliche, semantische Standards erforderlich. Diese semantischen Standards beschreiben, welche Informationen z.B. zu einer „Person“, „Anschrift“ oder „Gewerbeanmeldung“ im konkreten Prozess elektronisch übermittelt werden sollen und dürfen. In der öffentlichen Verwaltung werden diese auf der Syntax XML basierenden Fachstandards als sog. XÖV-Standards bezeichnet.

Mit der GDI-DE wird das Ziel verfolgt, Geodaten verschiedener Herkunft auf der Grundlage ihres Raumbezugs interoperabel und harmonisiert über standardbasierte Dienste fachneutral bereitzustellen. Semantische Standards der XÖV-Familie ermöglichen im günstigsten Fall einen verlustfreien Austausch von Geodaten bzw. - Geoinformationen. Um an dieser Stelle ein möglichst optimiertes Ineinandergreifen von GDI-DE-Diensten (Webservices) und XÖV-Standards (Datenstrukturen) zu ermöglichen, sollte die Beteiligung der GKSt. GDI-DE in den Arbeitsgruppen der XÖV Standardisierung, wo erforderlich, gewährleistet werden.

Das LG GDI-DE mit seiner GKSt. GDI-DE ist vorläufige nationale Anlaufstelle der Europäischen Kommission für alle Aufgaben, die aus der Richtlinie 2007/2/EG (INSPIRE) entstehen. . Mit den Durchführungsbestimmungen zur INSPIRE-Richtlinie werden Datenspezifikationen zu Objekten der öffentlichen Verwaltung normativ für die Mitgliedsländer festgelegt. Die GKSt. GDI-DE sollte XÖV-Standards in die derzeitige Entwicklung der INSPIRE-Spezifikationen aktiv einbringen.

### c) Deutschland-Online-Vorhaben Geodaten

Das Vorhaben Geodaten baut auf den Arbeitsergebnissen und Standards der GDI-DE auf. Während beim Aufbau der GDI-DE die infrastrukturellen Voraussetzungen

flächendeckend für Deutschland geschaffen werden, sollen im Vorhaben Geodaten kurzfristig realisierbare Geo-Projekte (konkrete Dienstleistungsangebote) durch Partner aus Verwaltung und Wirtschaft nach dem Prinzip „Einige für Alle“ bearbeitet und erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Neben der Integration in bundesweite eGovernment-Prozesse der Verwaltung steht hier häufig auch die Markterschließung für amtliche Geodaten im Focus. Die derzeitigen Geo-Projekte behandeln bundeseinheitliche Kartenwerke im Internet, Bodenrichtwertinformationssysteme, einen Gazetteer-Dienst für georeferenzierte Gebäudeadressen sowie die Umsetzung eines Fachstandards für interoperable Bebauungspläne.

#### d) Organisation

Die organisatorische Einbindung der GDI-DE stellt sich vereinfacht wie folgt dar:

